

Atomtod exportiert man nicht!

Kampagne gegen Hermesbürgschaft für deutsch-brasilianisches Atomgeschäft

VON GERT EISENBÜRGER

Nach ihrem Amtsantritt schaffte die schwarz-gelbe Bundesregierung die 2001 eingeführten Hermesleitlinien ab. Die hatten unter anderem verboten, Exportbürgschaften für Atomtechnologie zu erteilen. Dies ist nun wieder möglich. Mit den nach dem griechischen Gott der Händler und der Diebe benannten Bürgschaften garantiert die Bundesregierung über Exportversicherungen deutschen Unternehmen, die Produkte auf „schwierige Märkte“ – dazu zählen z. B. Entwicklungs- oder Schwellenländer – exportieren wollen, bei Zahlungsausfällen die Rückerstattung ihrer Investitionen. Da Unternehmen ihre Risiken möglichst gering halten wollen, werden sie im Zweifelsfall nur solche Geschäfte abwickeln, für die die Bundesregierung Exportbürgschaften erteilt. Im Februar 2010 beantragte das Unternehmenskonsortium



Avera NP/Siemens eine Hermesbürgschaft in Höhe von 1,3 Mrd. Euro für die Lieferung von Anlagen zur Fertigstellung des Atomkraftwerks Angra dos Reis 3 in Brasilien. Die Bundesregierung hat den Antrag positiv beschieden und eine grundsätzliche Bürgschaft erteilt. Dies ist allerdings noch nicht die endgültige Bewilligung. Die Unterzeichnung des Bürgschaftsvertrags soll wahrscheinlich Anfang 2012 erfolgen. Im Fall einer „wesentlichen Änderung der Sach- und Rechtslage“ kann die Bundesregierung die grundsätzliche Zusage noch zurückziehen.

Nach Ansicht der Umweltorganisation urgewald – und nicht nur von ihr – ist mit der Atomkatastrophe von Fukushima und dem festgelegten Atomausstieg in Deutschland diese Änderung der Sach- und Rechtslage eindeutig eingetreten. Zusammen mit attac und dem Internet-Kampagnenprojekt campact hat urgewald deshalb eine Kampagne gegen die Gewährung der Exportbürgschaft für die Fertigstellung von Angra dos Reis 3 organisiert. Am 23. März 2011 forderten zahlreiche Organisationen aus der Umwelt- und Nord-Süd-Szene in einem Brief an Bundeskanzlerin Merkel und die zuständigen Ministerien die Rücknahme der Bürgschaft. Es könne doch nicht angehen, dass die Bundesregierung für

Deutschland den Atomausstieg beschlossen habe, gleichzeitig aber den Export dieser Technologie mit Bürgschaften unterstütze. Campact initiierte eine Internetpetition an die zuständigen Minister gegen die Hermesbürgschaft für Angra 3, die bis Ende Oktober von mehr als 132 600 Menschen unterzeichnet worden ist. Ergänzend dazu hat urgewald nun eine Postkartenaktion an die Kanzlerin und die lokalen Abgeordneten der Regierungsparteien gestartet. Die Karten können über die Website der Organisation (s.u.) kostenlos bestellt werden. Vor einer Sitzung des Haushaltsausschusses des Bundestag im September, bei der es auch um die Hermesbürgschaft für Angra 3 gehen sollte, wurde in Berlin dagegen protestiert. Vom 14. bis zum 21. November findet eine Aktionswoche statt, in der vor möglichst vielen Parteibüros der Regierungsparteien die Ablehnung der Hermesbürgschaft für Angra 3 sichtbar zum Ausdruck gebracht werden soll. Urgewald schreibt dazu: „Die Bundestagsabgeordneten der Regierungsparteien müssen erfahren, dass die Öffentlichkeit keine Atomgeschäfte durch die Hintertür duldet und auch für die Außenwirtschaftsförderung einen Atomausstieg fordert. Wir wollen die Bürgschaft für Angra zu Fall bringen. Atomtod exportiert man nicht!“

Widerstand gibt es indes auch in Brasilien. Im Mai beteiligten sich 3000 Menschen in Caetité im Bundesstaat Bahia im Nordosten des Landes an Protesten gegen die dortige Uranmine. Sie blockierten eine Woche lang einen Atomtransport, der Uran für die Weiterverarbeitung nach Europa bringen sollte. Im Juni demonstrierten AktivistInnen von Greenpeace Brasilien vor der deutschen Botschaft in Brasilia gegen die Hermesbürgschaft. Auf juristischer Ebene versucht die brasilianische Anwaltskammer, einen Baustop für Angra 3 zu erreichen. Sie geht davon aus, dass der Bau gegen die brasilianische Verfassung verstößt, weil es keine Genehmigung des brasilianischen Kongresses für den Weiterbau des AKW gibt. Die Betreibergesellschaft Electronuclear behauptet, eine solche Genehmigung brauche es nicht, da der brasilianische Kongress Angra 3 bereits 1976 genehmigt habe. 1976 herrschte in Brasilien aber eine Militärdiktatur und im Kongress waren nur zwei von den Militärs erlaubte Parteien vertreten, wobei die Diktatur festgelegt hatte, welche von beiden die Mehrheit (ARENA) stellte und welche die Opposition zu spielen hatte (MDB).

Wie Celio Bermann in dem Interview auf den Seiten 4/5 dieser ila darstellt, hängt es entscheidend von der Hermesbürgschaft der deutschen Bundesregierung ab, ob das AKW Angra 3 letztendlich fertiggestellt wird. Neben allen grundsätzlichen Erwägungen und der Gefährdung des direkt am Meer gelegenen Standortes durch mögliche Erdbeben, Tsunamis und eine allgemeine Erhöhung des Meeresspiegels handelt es sich bei Angra 3 um eine inzwischen über 30 Jahre alte Atomanlage, die längst nicht mehr den heutigen Sicherheitsstandards entspricht. Die ila-Redaktion bittet daher alle ila-LeserInnen dringend, sich an den Protestaktionen gegen die Exportbürgschaft für die Fertigstellung von Angra 3 zu beteiligen. ♦

Eine kleine Widerstandsgeschichte

Seit mehr als 35 Jahren kämpfen Solidaritäts- und Umweltgruppen gegen Atomgeschäfte

VON GERT EISENBÜRGER

Als im Juni 1976 das deutsch-brasilianische Atomabkommen unterzeichnet wurde, protestierten die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG) und die Brasilien-Koordinationsgruppe von amnesty international (ai) in einem Schreiben an die Bundesregierung und die brasilianische Botschaft in Bonn gegen den Vertrag. Sie wiesen auf die schweren Menschenrechtsverletzungen in Brasilien hin, stellten die Notwendigkeit von AKWs in Frage und warnten vor der Möglichkeit der militärischen Nutzung der Technologie für den Bau von Atomwaffen. Um den Widerstand gegen das Atomgeschäft auf eine breitere Basis zu stellen, suchten die in der „Aktion Brennpunkt Brasilien“ zusammengeschlossenen Solidaritätsgruppen die Zusammenarbeit mit den Anti-Atom-Initiativen, die Mitte der siebziger Jahre zur wichtigsten sozialen Bewegung in der BRD geworden waren. Als Ergebnis dieser Bemühungen veröffentlichten die AGG und die ai-Brasilien-Koordinationsgruppe zusammen mit dem „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU) im Dezember 1976 die Broschüre „Das deutsch-brasilianische Atomgeschäft“. Sie lieferte umfangreiches Hintergrundmaterial zu dem Abkommen, enthielt zahlreiche Stellungnahmen aus Deutschland und Brasilien und dokumentierte den Vertragstext selbst. Die HerausgeberInnen sahen die Broschüre ausdrücklich als Medium der Opposition gegen dieses Geschäft, das denjenigen Argumente an die Hand geben wollte, die sich dagegen engagierten – in Deutschland wie in Brasilien. Wobei die Bedingungen in Brasilien wegen der dort herrschenden Militärdiktatur als ungleich schwieriger gesehen wurden. Wie schon in dem Protestschreiben vom Juni 1976 betonten die AutorInnen vor allem die Gefahr der militärischen Nutzung der Atomtechnologie durch die brasilianische Militärdiktatur, wiesen aber auch darauf hin, dass im Energieverbrauch eine größere Verteilungsgerechtigkeit zugunsten der Dritten Welt hergestellt werden müsse.

Im Juni 1979 erschien das *ila-info* – so hieß die *ila* bis Februar 1988 – mit einem Schwerpunkt zum Thema „Atomgeschäfte“. Damals hatte eine Ausgabe nur 24 Seiten (heute 56-64) und „Schwerpunkt“ war der erste und längste Artikel im Heft. Auf sieben Seiten gab Thomas Nowotny im *ila-info* Nr. 26 (die vorliegende Ausgabe ist die Nr. 350!) einen Überblick über das Atomgeschäft mit Brasilien, dem bis dahin größten Exportauftrag der bundesdeutschen Industrie. Er stellte die Probleme beim Bau des Reaktors Angra dos Reis dar, skizzierte die deutsch-argentinische Zusammenarbeit im Nuklearbereich und erörterte die Perspektiven des Widerstandes. Er unterstrich dabei ebenfalls die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Anti-AKW-Bewegung, aber auch langfristig mit den „Arbeitern“, die bisher noch dem von Unternehmen und Gewerkschaftsführungen vorgebrachten Argument der Arbeitsplatzsicherung Glauben schenken. Jenseits der Gefahr ihrer militärischen Nutzung, die auch für uns damals das gewichtigste

Argument gegen Atomgeschäfte war, bezeichnete er die Atomtechnologie insgesamt als menschenfeindlich.

Im Jahr 1980 angelte sich die deutsche Atomindustrie dann erneut einen Großauftrag, diesmal aus Argentinien. Auch hier machten Solidaritätsgruppen sofort mobil, vor allem weil sich die argentinische Militärjunta unter den Diktaturen des Subkontinents durch die größte Brutalität auszeichnete. Wie im Falle Brasiliens wurde die Gefahr, dass ein derart menschenverachtendes Regime zu Atomwaffen kommen könnte, noch über die ökologischen Bedenken gegen die Kernenergie gestellt. Im Mai 1981 veröffentlichte das FDCL, das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika in Berlin, eine Broschüre mit dem Titel „Der Griff nach der Bombe – Das deutsch-argentinische Atomgeschäft“ mit ausführlichen Hintergrundinfos zu den Interessen der bundesdeutschen Industrie und dem Charakter des argentinischen Militärregimes. Wie die erwähnte Brasilien-Broschüre von 1976 richtete sich auch diese Publikation primär an politische AktivistInnen.



Es gab Anfang der 80er-Jahre eine vergleichsweise breite Kampagne gegen die atomare Kooperation der SPD/FDP-Regierung in Bonn mit der argentinischen Militärdiktatur, wobei diese Mobilisierung auch ihre Widersprüche hatte. Ich erinnere mich an ein *ila*-Plenum, es muss Ende 1980 oder 1981 gewesen sein, auf dem Thomas Nowotny und Werner Rätz von einem Bundestreffen der Argentinien-Solidarität berichteten, wo es um eben diese Kampagne ging. Bei der Diskussion sei es zu heftigen Kontroversen zwischen Deutschen und exilierten ArgentinierInnen gekommen. Während die hiesigen Gruppen Atomenergie und Atomexport grundsätzlich ablehnten, waren die argentinischen AktivistInnen, insbesondere die linksperonistischen Montoneros, nur gegen ein Atomabkommen mit der Militärdiktatur. Sobald diese besiegt sei, sollten in Argentinien selbstverständlich Atomkraftwerke gebaut werden, schließlich wolle man Spitzentechnologie haben – eine Argumentation, die am Rio de la Plata bis heute große Bedeutung hat, wie der Beitrag „Von der Hightech-Begeisterung zur Ernüchterung“ von Michael Álvarez in dieser *ila* zeigt. Anstelle der zunächst vorgeschlagenen Formulierung „Kein Atomgeschäft mit Argentinien“ einigte man sich nach zähen Debatten schließlich auf „Kein Atomgeschäft mit der Junta“ als Hauptforderung der Kampagne. ♦